Europäisches Parlament
2024-2029

Petitionsausschuss

2025/2138(INI)

16.12.2025

KOMPROMISSÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 28

Entwurf eines Berichts
Cristina Guarda
(PE775.671v01-00)

Tätigkeiten des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2024
(2025/2138(INI))

AM_Com_NonLegCompr

Änderungsantrag 1
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 10, 13 und 18
Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die Arbeit des Bürgerbeauftragten dazu beiträgt, die EU-Organe dabei zu unterstützen, effizienter, wirksamer und bürgerfreundlicher zu werden und ihre Rechenschaftspflicht zu steigern und so das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt zu stärken; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bei der Ausübung ihres Mandats möglicherweise neue Phänomene angehen muss, die in jüngster Zeit erheblich zugenommen haben, etwa Desinformation und böswillige Aktivitäten von Drittländern, die darauf abzielen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU auszuhöhlen;

Or. en

Änderungsantrag 2
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 22 und 23
Entschließungsantrag
Erwägung J

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des Rats der EU durch Unternehmen untersuchte, da dies zu ***anhaltender und erheblicher*** öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat, den Sponsoren auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen	J. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte das anhaltende Sponsoring des ***turnusmäßig wechselnden Vorsitzes des*** Rats der EU durch Unternehmen untersuchte, da dies zu öffentlicher Besorgnis über den Einfluss geführt hat, den Sponsoren auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben könnten, insbesondere auf die Beratungen

über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die ***die privaten Interessen dieser*** Sponsoren betreffen***, da damit sowohl für den Rat als auch für die Union insgesamt schwerwiegende Reputationsrisiken einhergehen***;	über Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU, die ***diese*** Sponsoren betreffen;

Or. en

Änderungsantrag 3
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle des Änderungsantrags: 28
Entschließungsantrag
Erwägung K

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
K. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***eine Untersuchung auf der Grundlage einer Beschwerde von Nichtregierungsorganisationen einleitete, in der die Tatsache angeprangert wurde, dass sich das von der*** Kommission ***eingesetzte Branchenkonsultationsgremium*** für die EU-Energieplattform ***ausschließlich aus Unternehmen zusammensetzte, was den Vorschriften der Kommission über eine ausgewogene Vertretung widersprach***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft ***vollständig*** – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt; ***in der Erwägung, dass die Inspektionen der Bürgerbeauftragten ergaben, dass die Gruppe die weitere strukturelle Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen erörtert und gefördert hat, was soziale, ökologische, wirtschaftliche und geopolitische Folgen für die EU hat;***	K. in der Erwägung, dass ***sich*** die Bürgerbeauftragte ***erkundigt hat, wie die*** Kommission ***über die Zusammensetzung des Branchenkonsultationsgremiums*** für die EU-Energieplattform ***entschieden hat***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Erläuterungen der Kommission dazu, warum Vertreter der Zivilgesellschaft – auch als Beobachter – aus dieser Gruppe ausgeschlossen waren, für nicht überzeugend hielt;

Or. en

Änderungsantrag 4
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle des Änderungsantrags: 30
Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung der Zusammensetzung des Ausschusses für Regulierungskontrolle der Kommission durchführte, die bestätigte, dass ***das erforderliche Fachwissen auf den Gebieten Umwelt und Soziales fehlte, was gegen die Bestimmungen*** der Mitteilung der Kommission zum Ausschuss für Regulierungskontrolle ***verstößt***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch prüfte, wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle mit Interessenvertretern interagiert, und feststellte, dass die Mitglieder des Ausschusses von Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern absehen sollten, wenn diese Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Ausschusses aufkommen lassen;	L. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine beschwerdebasierte Untersuchung der Zusammensetzung des Ausschusses für Regulierungskontrolle der Kommission durchführte, die bestätigte, dass ***die derzeitige Zusammensetzung nicht in ausreichendem Maße das in*** der Mitteilung der Kommission zum Ausschuss für Regulierungskontrolle ***geforderte Fachwissen auf den Gebieten Umwelt und Soziales sicherstellt***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte auch prüfte, wie der Ausschuss für Regulierungskontrolle mit Interessenvertretern interagiert, und feststellte, dass die Mitglieder des Ausschusses von Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern absehen sollten, wenn diese Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Ausschusses aufkommen lassen;

Or. en

Änderungsantrag 5
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 35, 36, 37 und 38
Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung ***zu*** der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen ***– einem Bereich mit direkten***	N. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung der Entscheidung der Kommission einleitete, nur Industrievertreter zu einem Workshop zum Thema Pestizide einzuladen, und zu dem Schluss kam, dass für mehr

Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt –, und zu dem Schluss kam, dass ***die Kommission*** für mehr Transparenz hätte ***sorgen*** können; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ***ungebührlich*** zu beeinflussen; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen der Untersuchung der Vorschriften über die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden, einschließlich eines Leitfadens zur vergleichenden Bewertung, ihre besondere Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Kommission bisher keine Maßnahmen ergriffen hat, um die Vorschriften in diesem Bereich zu verbessern, obwohl ihr seit 2020 bewusst ist, dass diese unwirksam sind;***

Transparenz hätte ***gesorgt werden*** können***, und der Kommission vorschlug, eine spezielle Webseite einzurichten und Informationen und Dokumente über bevorstehende Veranstaltungen zum Thema Pestizide zu veröffentlichen, sobald sie verfügbar sind, und sicherzustellen, dass alle einschlägigen Interessenträger die Möglichkeit haben, ihre Ansichten darzulegen***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich Workshops, an denen nur Wirtschaftsakteure teilnehmen, als legitim erachtete, da sie als Gelegenheit für die Industrie angesehen werden, die Arbeit der Kommission ***auf unverhältnismäßige Weise*** zu beeinflussen;

Or. en

Änderungsantrag 6
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 40, 41 und 42
Entschließungsantrag
Erwägung O

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der ***einen*** ihrer ***Kommissare*** im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf; ***in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bestätigte, dass die Kommission beschlossen hatte, die Beschwerde an die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der Kommission***	O. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte untersuchte, wie die Kommission mit einem mutmaßlichen Interessenkonflikt umging, der ***eines*** ihrer ***Kommissionsmitglieder*** im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Vertragsverletzungsbeschwerde betraf;

weiterzuleiten, obwohl sie darauf hingewiesen worden war, dass der Bruder des für Landwirtschaft zuständigen Kommissionsmitglieds zu jenen Abgeordneten des polnischen Parlaments gehörte, die den betreffenden Rechtsakt vorgeschlagen hatten; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss kam, dass die Art und Weise, wie die Kommission den potenziellen Interessenkonflikt bewertete, fehlerhaft war, und als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit angesehen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 7
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 44 und 45
Entschließungsantrag
Erwägung P

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
P. in der Erwägung, dass das Parlament den Sonderbericht der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, nahezu einstimmig billigte und die Kommission ***aufforderte, die systemischen*** Verzögerungen bei der Bearbeitung ***dieser Anträge zu beheben, da diese gegen die in den EU-Verträgen verankerten demokratischen Grundsätze verstoßen***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlichen Fristen für die Überprüfung von Erstentscheidungen über Anträge auf Zugang nicht eingehalten hatte ***und dass es in der Regel zu Verzögerungen bei jenen Anträgen kam, die Bereiche von erheblicher öffentlicher Bedeutung betrafen***; in der Erwägung, dass ***solche*** Verzögerungen bei legislativen Dokumenten ***besonders schwerwiegende***	P. in der Erwägung, dass das Parlament den Sonderbericht der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, nahezu einstimmig billigte und die Kommission ***ersuchte, die*** Verzögerungen bei der Bearbeitung ***von Anträgen auf Zugang in Angriff zu nehmen***; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte feststellte, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlichen Fristen für die Überprüfung von Erstentscheidungen über Anträge auf Zugang nicht eingehalten hatte; in der Erwägung, dass Verzögerungen bei legislativen Dokumenten ***problematischer sein können***;

Folgen haben, da sie die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger untergraben, Entscheidungen und politische Maßnahmen der EU rechtzeitig zu prüfen, was ihre sinnvolle Beteiligung am demokratischen Leben der EU behindert;

Or. en

Änderungsantrag 8
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle des Änderungsantrags: 47
Entschließungsantrag
Erwägung Q

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Q. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Reihe von Untersuchungen in Bezug auf den mangelnden Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten einleitete und die Kommission dafür kritisierte, dass sie den Zugang zu Beiträgen von Interessenträgern und Mitgliedstaaten zur EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur[3]und zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Vorschriften über an Verbraucher gerichtete Lebensmittelinformationen verweigert hatte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Rahmen einer systematischeren Untersuchung prüfte, ob die EU-Organe den in den EU-Verträgen verankerten Grundsatz der Transparenz der Gesetzgebung einhalten, und zu dem Schluss kam, dass sowohl der Rat als auch die Kommission diesem Grundsatz nicht in vollem Umfang nachkommen;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

[3] Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 (ABl. L, 2024/1991, 29.7.2024, ELI:

http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1991/oj).

Or. en

Änderungsantrag 9
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 49, 51, 52 und 54
Entschließungsantrag
Erwägung R

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte Todesfälle im Mittelmeer ***untersuchte und dabei schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen aufdeckte, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte betonte, dass es auf EU-Ebene keinen einheitlichen*** Rechenschaftsmechanismus ***gibt***, mit dem die ***Rolle*** der nationalen Behörden, ***die Rolle von*** Frontex und ***die Rolle*** der Kommission***, die für die Einhaltung der Grundrechtsbestimmungen der EU-Verträge verantwortlich ist,*** unabhängig untersucht werden könnten;	R. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte ***eine Untersuchung im Anschluss an*** Todesfälle im Mittelmeer ***durchführte und die Schaffung eines*** Rechenschaftsmechanismus ***vorgeschlagen hat***, mit dem die ***jeweiligen Rollen*** der nationalen Behörden, ***der*** Frontex und der Kommission unabhängig untersucht werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 10
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 57 und 58
Entschließungsantrag
Erwägung S

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
S. in der Erwägung, dass nach Ansicht der Bürgerbeauftragten ***die Weigerung der Kommission, Dokumente*** über die Beiträge von Interessenträgern zu ihrem Legislativvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ***offenzulegen, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellte, da sie*** die Öffentlichkeit daran hinderte, die Wirkung und den Einfluss solcher privater Interessenträger zu prüfen;	S. in der Erwägung, dass ***die Kommission*** nach Ansicht der Bürgerbeauftragten ***einen besseren Zugang zu Dokumenten*** über die Beiträge von Interessenträgern zu ihrem Legislativvorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ***hätte gewähren können, da der eingeschränkte Zugang*** die Öffentlichkeit daran hinderte, die Wirkung und den Einfluss solcher privater Interessenträger zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 11
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 66, 67, 68, 71 und 72
Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ist ***äußerst*** besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe nicht einhält; betont, dass die ***erheblichen Verzögerungen der Kommission die menschliche*** Gesundheit und ***die*** Umwelt ***maßgeblich gefährden, da Unternehmen in der Lage sind, solche chemischen Stoffe, einschließlich Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS), die mit einem erhöhten Risiko für Krebs und genetische Schäden sowie mit Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit in Verbindung gebracht werden, weiterhin zu verwenden***;	4. ist besorgt darüber, dass die Kommission die rechtsverbindlichen Fristen für die Ausarbeitung von Zulassungsentscheidungen für gefährliche chemische Stoffe***, einschließlich per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS),*** nicht einhält; betont, dass die ***Einhaltung dieser Fristen von entscheidender Bedeutung ist, um den Schutz der menschlichen*** Gesundheit und ***der*** Umwelt ***sowie Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit im Entscheidungsprozess der EU sicherzustellen; betont, dass sich die Kommission mit den Mitgliedstaaten, ihren nationalen und lokalen Behörden, aber auch mit der jeweiligen Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen, die in diesem Bereich eine wesentliche Rolle spielen, abstimmen sollte, um den Gesundheits- und Umweltrisiken von PFAS zu begegnen***;

Or. en

Änderungsantrag 12
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 77 und 78
Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben ***und alle Anträge auf Zulassung solcher Stoffe ablehnen sowie deren Verwendung verbieten*** muss, ***wenn hinsichtlich des Schutzes*** der menschlichen Gesundheit und der Umwelt ***immer noch Ungewissheit besteht; ist fest*** davon überzeugt, dass die Kommission ***alle*** Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung***, Anträge auf Zulassung besonders besorgniserregender Stoffe, die nicht*** alle erforderlichen Informationen ***enthalten, abzulehnen, um zu verhindern, dass Unternehmen diese gefährlichen Stoffe weiterhin verwenden dürfen***;	5. ist der Ansicht, dass die Kommission vorrangig alle schwerwiegenden Mängel in Bezug auf ihr Risikomanagement für besonders besorgniserregende Stoffe beheben muss, ***unter anderem durch die Überarbeitung ihrer internen Verfahren, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Zielen der REACH-Verordnung zum Schutz*** der menschlichen Gesundheit und der Umwelt ***schnellere Entscheidungen über diese Anträge treffen kann; ist*** davon überzeugt, dass die Kommission ***die*** Empfehlungen umsetzen sollte, die sich aus der Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben haben, einschließlich der Empfehlung ***zu Anträgen, denen*** alle erforderlichen Informationen ***fehlen***;

Or. en

Änderungsantrag 13
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 82, 83, 84 und 87
Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***ist der festen Überzeugung, dass die weitere Zulassung gefährlicher***	6. betont, dass die Kommission die Vorschriften ***über*** die Substitution

Pestizide unverzüglich beendet werden muss; betont, dass die Kommission die Vorschriften ***für*** die Substitution gefährlicher Stoffe in Pestiziden ***erheblich*** verbessern ***muss, um*** sichere ***nicht chemische*** Alternativen ***zu begünstigen und den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und einer schadstofffreien Umwelt zu beschleunigen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in Anbetracht der bereits sehr schädlichen Folgen des Einsatzes von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt keine „Wirkstoffe" zuzulassen, deren sichere Verwendung nicht nachgewiesen wurde oder deren Sicherheit anhand zusätzlicher Daten bestätigt werden muss, und dabei das Vorsorgeprinzip uneingeschränkt anzuwenden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das ***Zulassungsverfahren*** vollständig transparent ***und frei*** von Interessenkonflikten ***ist, und sich dazu zu verpflichten, synthetische Pestizide bis spätestens 2035 abzuschaffen***;

gefährlicher Stoffe in Pestiziden verbessern ***sollte, um effiziente und*** sichere ***nichtchemische*** Alternativen ***besser zu berücksichtigen***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass das ***Genehmigungsverfahren*** vollständig transparent ***ist und strengen Schutzvorkehrungen zur Verhinderung*** von Interessenkonflikten ***unterliegt, wobei die Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten gebührend zu berücksichtigen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 14
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 88, 91 und 92
Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die EU-Organe die ***uneingeschränkte*** Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ***ein Höchstmaß*** an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu	7. betont, dass die EU-Organe die Transparenz des Entscheidungsprozesses der EU und ***das höchste angemessene Maß*** an Bürgerbeteiligung gewährleisten müssen; hält es für äußerst wichtig, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen, ihre demokratischen Rechte uneingeschränkt ausüben und Zugang zu allen einschlägigen

allen einschlägigen Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, ***auch während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens, im Einklang mit der*** Rechtsprechung des EuGH; betont, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der EU bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern ***für vollständige Transparenz sorgen*** und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

Informationen und Dokumenten erlangen können, insbesondere zu solchen legislativer Art, ***wie es auch die*** Rechtsprechung des EuGH ***vorsieht***; betont, dass die Organe, Agenturen***,*** ***Einrichtungen*** und sonstigen Stellen der EU ***die Transparenz der politischen Verhandlungen sicherstellen und dabei berücksichtigen müssen, dass sie*** bei ihren Interaktionen mit privaten Interessenträgern ***effizient vorgehen*** und die höchsten ethischen Standards einhalten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 15
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 102, 104, 105 und 106
Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission ***äußerst*** wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige soziale und ökologische Aspekte berührt; ***bedauert zutiefst***, dass die Kommission Vertreter der Zivilgesellschaft ***vollständig von dieser*** Gruppe ***ausgeschlossen hat, und so der Industrie für fossile Brennstoffe einen privilegierten und nicht überwachten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern der EU gewährt und ihren Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der EU erhöht, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Kontrolle und die Transparenz untergraben*** werden;	9. hebt hervor, dass die Bemühungen der Bürgerbeauftragten um ***mehr Transparenz und*** eine ausgewogenere Zusammensetzung der Expertengruppen der Kommission wichtig sind, insbesondere im Hinblick auf das Branchenkonsultationsgremium für die EU-Energieplattform, da die Energiepolitik wichtige ***wirtschaftliche,*** soziale und ökologische Aspekte berührt; ***stellt fest***, dass die Kommission ***beschlossen hat,*** Vertreter der Zivilgesellschaft ***nicht in diese*** Gruppe ***aufzunehmen; ist der Ansicht, dass die europäische Öffentlichkeit über das Profil aller Mitglieder der Expertengruppen informiert*** werden ***sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 16
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 113 und 115
Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***unterstützt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle***; hält es für unerlässlich, dass Mitglieder des Ausschusses für Regulierungskontrolle bei ihren Maßnahmen zur Ansprache von Interessenträgern sowohl das tatsächliche Risiko einer ungebührlichen Einflussnahme als auch die öffentliche Wahrnehmung ihrer Unabhängigkeit bewerten und Treffen mit einzelnen Interessenvertretern vermeiden***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen***, d. h. den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Makro- und Mikroökonomie, Sozialpolitik und Umweltpolitik,*** in vollem Umfang Rechnung trägt***, und angesichts der Schlüsselrolle des Ausschusses und des erheblichen Einflusses seiner Stellungnahmen auf die Beschlussfassung der Kommission im Bereich der EU-Rechtsetzung klar zu beschreiben, welche Kriterien bei der Auswahl der Mitglieder des Ausschusses angewandt werden***;	11. ***nimmt*** die Vorschläge der Bürgerbeauftragten zur Verbesserung des Ausschusses für Regulierungskontrolle ***zur Kenntnis***; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung des Ausschusses den vielfältigen in ihrer einschlägigen Mitteilung genannten Fachbereichen in vollem Umfang Rechnung trägt;

Or. en

Änderungsantrag 17
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 118, 119, 120 und 121

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***begrüßt die Untersuchungen*** der Bürgerbeauftragten darüber, wie die Kommission ***bei der Ausarbeitung eines Vorschlags*** zur Änderung der Rechtsvorschriften ***über die Gemeinsame*** Agrarpolitik ***vorgegangen ist; bedauert, dass die Kommission bei der Ausarbeitung des betreffenden Vorschlags keine*** Folgenabschätzung ***durchgeführt, keine Umweltorganisationen zurate gezogen und die Öffentlichkeit nicht angemessen konsultiert hat; bedauert zutiefst die Entscheidung der Kommission, die Umweltanforderungen der GAP zu schwächen, ohne die verfügbaren Erkenntnisse umfassend zu prüfen, um sicherzustellen***, dass die ***neuen Vorschriften die Umwelt- und Klimaziele der EU und die Nachhaltigkeit der EU-Landwirtschaft auf lange Sicht nicht beeinträchtigen, was im Widerspruch zum Grundsatz*** der faktengestützten Entscheidungsfindung ***steht, der*** in den Leitlinien und dem Instrumentarium für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ***ist***;	12. ***nimmt die laufende Untersuchung*** der Bürgerbeauftragten darüber ***zur Kenntnis***, wie die Kommission ***einen Vorschlag*** zur Änderung der Rechtsvorschriften ***im Zusammenhang mit der Gemeinsamen*** Agrarpolitik ***ohne*** Folgenabschätzung ***und mit begrenzter Konsultation der Interessenträger, insbesondere der Landwirte, ausgearbeitet hat; betont***, dass die ***Grundsätze*** der faktengestützten Entscheidungsfindung***,*** ***wie sie*** in den Leitlinien und dem Instrumentarium ***der Kommission*** für eine bessere Rechtsetzung sowie in der Rechtsprechung niedergelegt ***sind, aufrechterhalten werden müssen***;

Or. en

Änderungsantrag 18
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 125, 126 und 127
Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. würdigt die ***hervorragende*** Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich ***dazu*** aufgefordert hat, die ***umfassende und***	13. würdigt die Arbeit der Bürgerbeauftragten, die die Kommission nachdrücklich aufgefordert hat, die ***Beteiligung*** aller Interessenträger ***aus*** den

sinnvolle Einbeziehung aller Interessenträger ***in*** den Bereichen Soziales und Umwelt ***in ihren*** Entscheidungsprozess ***zu gewährleisten***, und die ***einer ungebührlichen Einflussnahme der Industrie auf die Entscheidungsfindung entgegengewirkt hat***;

Bereichen ***Wirtschaft,*** Soziales und Umwelt ***an ihrem*** Entscheidungsprozess ***sicherzustellen***, und die ***dazu beigetragen hat, für die Integrität des Entscheidungsprozesses zu sorgen***;

Or. en

Änderungsantrag 19
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 130, 132, 133, 134 und 135
Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten ***für einen besseren Umgang mit potenziellen*** Interessenkonflikten, ***die*** Kommissionsmitglieder ***betreffen, vollständig und konsequent umsetzt, indem sie sicherstellt, dass alle direkt oder indirekt von dem betroffenen Kommissionsmitglied bzw. den betroffenen Kommissionsmitgliedern überwachten Entscheidungsprozesse ausgesetzt werden, bis eine endgültige Entscheidung über das Vorliegen eines Interessenkonflikts getroffen wurde, und die betroffenen Dienststellen rechtzeitig über den Vorwurf informiert, damit sie so früh wie möglich mit der Überprüfung beginnen bzw. alle laufenden Entscheidungsprozesse aussetzen können***;	14. hält es für wesentlich, dass die Kommission die Vorschläge der Bürgerbeauftragten ***zur Verbesserung ihres Umgangs mit*** Interessenkonflikten, ***an denen ihre*** Kommissionsmitglieder ***beteiligt sind, berücksichtigt, um die Integrität des Entscheidungsprozesses zu wahren; hebt in diesem Zusammenhang den Beitrag der Bürgerbeauftragten zur Verbesserung der Ethik und Transparenz der EU-Organe bei der Strategie in Bezug auf Drehtüreffekte, Karenzzeiten und potenzielle Interessenkonflikte in Fällen hervor, in denen ehemalige Kommissionsmitglieder und ehemalige Führungskräfte von EU-Organen oder -Agenturen neue Stellen im Privatsektor antreten***;

Or. en

Änderungsantrag 20
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 136, 138 und 139
Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden***; erwartet, dass die Kommission die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten erheblich verbessert***, unter anderem ***indem alle*** Empfehlungen der Bürgerbeauftragten ***zeitnah umgesetzt werden, und so deutlich macht***, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; ***hält es für erforderlich, vor dem EuGH Klage gegen*** die Kommission ***wegen Verstoßes gegen die Verträge, einschließlich Artikel 15 Absatz 3 AEUV über*** das Recht der ***Unionsbürgerinnen und -***bürger ***und Personen mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat*** auf Zugang zu ***Dokumenten, zu erheben, wenn weiterhin erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bestehen***;	15. betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten der EU-Organe ein in den EU-Verträgen verankertes Grundrecht und wesentlich für die Gewährleistung eines transparenten Handelns der EU-Organe ist, wodurch die Legitimität und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU gestärkt werden, unter anderem ***durch die zeitnahe Umsetzung aller*** Empfehlungen der Bürgerbeauftragten***, wodurch in der Praxis gezeigt wird***, dass Transparenz die Regel und eine grundlegende Priorität ist; ***fordert*** die Kommission ***auf, die Art und Weise, in der sie solche Anträge bearbeitet, zu verbessern und ihre systemischen Verzögerungen anzugehen, unter anderem durch den Einsatz digitaler Instrumente und vereinfachter Verfahren; betont, dass*** das Recht der Bürger auf Zugang zu ***Informationen für schriftliche physische und elektronische Dokumente sowie für Tonaufzeichnungen und audiovisuelle Aufzeichnungen gilt, die im Zusammenhang mit politischen Strategien, Tätigkeiten und Entscheidungen der EU-Organe stehen, und weist darauf hin, dass arbeitsbezogene Textnachrichten und Sofortnachrichten als „Dokumente“ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 anzusehen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 21
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 141 und 143
Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***bedauert***, dass der Rat und die Kommission sich ***in vielen Fällen unter Verwendung vager, abstrakter und unbelegter Argumente oder*** unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;	16. ***stellt fest***, dass der Rat und die Kommission sich unter Berufung auf bereits vom EuGH zurückgewiesene Begründungen geweigert haben, legislative Dokumente offenzulegen; begrüßt die wichtige Arbeit der Bürgerbeauftragten in diesem Bereich, die darauf abzielt, dass die betreffenden EU-Organe legislative Dokumente unverzüglich offenlegen, und betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nur unter wirklich außergewöhnlichen Umständen verweigert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 22
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 150, 151 und 152
Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***unterstreicht, dass*** Frontex ***bei allen ihren Tätigkeiten***, einschließlich ***ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an*** Such- und Rettungseinsätzen***, die Grundrechte uneingeschränkt einhalten und die einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen uneingeschränkt und konsequent einhalten muss***; ***betont, dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden europäischen und internationalen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Person oder den Umständen, unter denen diese Person aufgefunden wird;***	17. ***betont, dass die*** Frontex ***im Einklang mit den in ihrer Verordnung verankerten Bestimmungen handeln muss***, einschließlich ***der Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Grundrechten sowie mit dem einschlägigen Völkerrecht; nimmt die Reform des Mandats der Frontex zur Kenntnis, die von der Präsidentin der Europäischen Kommission für 2026 angekündigt wurde; erwartet, dass durch eine Stärkung des Mandats, der Ressourcen und des Haushalts der Frontex sichergestellt würde, dass die Agentur ihre Arbeit unter den bestmöglichen Bedingungen ausführen kann, um die Mitgliedstaaten besser zu unterstützen, auch bei*** Such- und Rettungseinsätzen;

Or. en

Änderungsantrag 23
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 161, 162, 165 und 170
Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***betont***, dass die Bürgerbeauftragte ***die Kommission wegen mangelnder*** Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen ***kritisierte***, ***auf die sie sich*** vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien ***gestützt hat; unterstreicht, dass die Bürgerbeauftragte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte vorgenommen wurde, insbesondere was die Säule „Migration und Mobilität" der Absichtserklärung betrifft; erwartet von der Kommission, dass sie alle Verbesserungsvorschläge der Bürgerbeauftragten zeitnah umsetzt, die wirksamsten Maßnahmen anwendet und die höchsten Standards für den Schutz der Menschenrechte in allen migrationsbezogenen Fragen einhält;***	19. ***nimmt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Grundrechte zur Kenntnis; nimmt zur Kenntnis***, dass die Bürgerbeauftragte ***mehr*** Transparenz hinsichtlich der menschenrechtsbezogenen Informationen, ***die*** vor der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien ***herangezogen wurden, gefordert hat;***

Or. en

Änderungsantrag 24
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 175 und 176
Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***kritisiert die Weigerung der*** Kommission***, die*** Empfehlung der	20. ***bedauert, dass sich die*** Kommission ***weigert, der*** Empfehlung der

Bürgerbeauftragten ***umzusetzen und*** der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren **–** ***somit gibt sie den*** Bürgerinnen und ***Bürgern keine Möglichkeit zu überprüfen, ob sie unabhängig und ausschließlich im öffentlichen Interesse gehandelt hat***;	Bürgerbeauftragten ***nachzukommen,*** der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu gewähren***; weist darauf hin, dass die*** Bürgerinnen und ***Bürger in der Lage sein sollten, die Arbeit der Kommission an Legislativvorschlägen zu kontrollieren; betont, dass Transparenz in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung ist, da der Vorschlag sich unmittelbar auf den Schutz der Kinder und die Grundrechte und das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger auswirkt***;

Or. en

Änderungsantrag 25
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 178, 181, 182 und 183
Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***begrüßt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung ***darüber einzuleiten, wie die*** Kommission ***gezielte Daten zur Auswirkung*** der Wolfspopulation in der EU ***erhoben hat; bedauert***, dass die ***Kommission die Herabstufung des*** rechtlichen Schutzstatus des Wolfs ***in der EU mit einem Bericht der Sachverständigengruppe „Initiative für die großen Fleischfresser Europas“ begründete, obwohl sie zuvor denselben Bericht herangezogen hatte, um einen Vorschlag abzulehnen, mit dem derselbe Zweck verfolgt wurde, und obwohl keine wesentlichen Veränderungen bei den Wolfspopulationen verzeichnet wurden; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Entscheidung, den Schutzstatus von Wölfen herabzusetzen, auf keiner soliden*** wissenschaftlichen ***Grundlage beruht, was durch den fehlenden Zugang der***	21. ***nimmt*** die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung ***zur Datenerhebung der*** Kommission ***über die Auswirkungen*** der Wolfspopulation in der EU ***einzuleiten, zur Kenntnis; stellt jedoch fest***, dass die ***Untersuchung gemäß dem Statut des Bürgerbeauftragten eingestellt werden musste, da vor dem Europäischen Gerichtshof ein Verfahren (T-634/24) anhängig ist, in dem dieselben Fragen behandelt werden; unterstreicht, wie wichtig es ist, dass jede Entscheidung über den*** rechtlichen Schutzstatus des Wolfs ***auf*** wissenschaftlichen ***Erkenntnissen und dem*** Schutz ***der ländlichen Gemeinden basiert***;

Öffentlichkeit zu den einschlägigen Dokumenten und die unzureichenden Anstrengungen zur Umsetzung angemessener Präventivmaßnahmen verschärft wird, was wiederum im Widerspruch zu den Bestimmungen im Übereinkommen von Bern[4]steht; befürchtet, dass diese Entscheidung einen besorgniserregenden Präzedenzfall geschaffen hat, der den Gesamtansatz für die Erhaltungsziele und den Schutz ***wildlebender Tiere und Pflanzen sowie natürlicher Lebensräume gefährdet***;

---

[4] Berner Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Or. en

Änderungsantrag 26
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 188, 190, 191, 192 und 193
Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt ***und mit zusätzlichen rechtsverbindlichen Anforderungen verknüpft*** werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf ***die*** Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten***, insbesondere im Lichte der jüngsten politischen Vereinbarung der Kommission, die erhebliche Risiken und Nachteile für die EU birgt, da sie deren***	22. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten an die Kommission zur Verbesserung der Transparenz im EU-US-Handels- und Technologierat, der als Forum zur Koordinierung der Ansätze und zum Ausbau der Handels-, Wirtschafts- und Technologiebeziehungen dient; ist der Ansicht, dass die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten rasch umgesetzt werden müssen, um die höchsten Standards in Bezug auf Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten;

Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in mehreren kritischen Sektoren – darunter Verteidigung, KI und fossile Brennstoffe – weiter erhöht und mit Zusagen einhergeht, die EU-Energievorschriften zu schwächen, was dem europäischen Grünen Deal abträglich ist und zu Ungleichgewichten für den Lebensmittel- und Agrarsektor in der EU führt;

Or. en

Änderungsantrag 27
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 122, 145 und 200
Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. begrüßt die Reihe von Vorschlägen der Bürgerbeauftragten, die die Kommission dabei unterstützen sollen, dafür zu sorgen, dass bei dem Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in ihren Entscheidungsprozessen die Rechenschaftspflicht gewahrt bleibt; betont, dass die Organe der EU sicherstellen müssen, dass der Einsatz von Systemen künstlicher Intelligenz weiterhin einer wirksamen Aufsicht durch den Menschen unterliegt und mit den Grundsätzen der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und den Grundrechten im Einklang steht; ist der Ansicht, dass die Entscheidungsfindung nicht an diese Systeme delegiert werden sollte; betont, wie wichtig es ist, angemessene Schulungen für Beamte, die für die menschliche Aufsicht über KI verantwortlich sind, bereitzustellen, damit diese Risiken angemessen bewerten und KI-generierte Ergebnisse überprüfen können; fordert die Kommission auf, die Transparenz zu erhöhen, indem sie Informationen über künftige KI-Projekte

klar kommuniziert und öffentliche Konsultationen zur Entwicklung neuer KI-Instrumente abhält; fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Entwicklungen in diesem Bereich weiterhin zu überwachen;

Or. en

Änderungsantrag 28
Cristina Guarda

Kompromissänderungsantrag anstelle der Änderungsanträge: 146, 197 und 204
Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. nimmt mit Besorgnis die von der Bürgerbeauftragten bei der Arbeitsweise des Europäisches Amts für Personalauswahl (EPSO) festgestellten Mängel zur Kenntnis; ist beunruhigt darüber, dass die Bürgerbeauftragte in mehreren Fällen Missstände in der Verwaltungstätigkeit festgestellt hat, und zwar aufgrund der unzulänglichen Bearbeitung von Beschwerden von Bewerbern durch das EPSO, insbesondere in Bezug auf Ferntestverfahren und Plattformmängel, wobei das EPSO den Beschwerdeführern häufig widersprüchliche Informationen zur Verfügung stellte, einen Mangel an Flexibilität an den Tag legte und unangemessene Entscheidungen traf; fordert das EPSO auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dringend alle Mängel zu beheben und so die Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Einstellungsverfahren wiederherzustellen;

Or. en